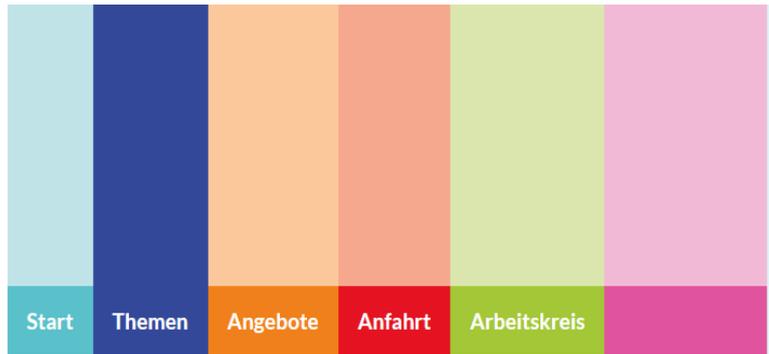




BERATUNGSSTELLEN IN HANNOVER

vertreten im
ARBEITSKREIS
PSYCHOSOZIALE
VERSORGUNG
HANNOVER



www.beratungsstellen-hannover.de/arbeitskreis/

„Die Stadt Hannover diskutiert 15 % Kürzung städtischer Zuwendung ab 2025!“

Der Arbeitskreis Psychosoziale Versorgung der Stadt Hannover erhebt: jede 5. Beratung würde aufgrund der zunehmenden Unterfinanzierung nicht stattfinden können. Das heißt: Jede*r 5. Ratsuchende der Stadt Hannover braucht Hilfe und es gibt keine mehr.

Positionspapier des Arbeitskreises Psychosoziale Versorgung der Stadt Hannover hinsichtlich geplanter Kürzung öffentlicher Mittel

Der Arbeitskreis Psychosoziale Versorgung / www.beratungsstellen-hannover.de in Hannover ist seit 1991 ein offener Zusammenschluss von mittlerweile 14 Beratungsstellen in freier Trägerschaft, die städtische Zuwendungen erhalten.

Ziel und Aufgabe des Arbeitskreises ist es seit 1991, auf die sich stetig verändernde Versorgungslage und die steigende Nachfrage nach psychologischer / psychosozialer Beratung verantwortungsvolle Antworten zu geben. Die Umsetzung bedarfsgerechter Angebote gelingt unter anderem wegen der Spezialisierung der einzelnen Beratungsstellen und fruchtbarer Kooperation untereinander.

Die Beratungsstellen ermöglichen vielfältige und bedarfsorientierte Versorgungs- und Hilfsangebote für die Einwohner*innen der Stadt Hannover.

Unsere Beratungsstellen zeichnen sich durch qualifiziertes Personal, eine gute Erreichbarkeit, eine zeitnahe Terminvergabe, ein kostengünstiges Beratungsangebot und einen niedrigschwelligen Zugang zu den Beratungsterminen aus.

Eine Kürzung der Zuwendungen würde erhebliche negative Folgen für die in Hannover lebenden Menschen haben.

- Jede 5. Beratung würde aufgrund der zunehmenden Unterfinanzierung nicht stattfinden können.
- Präventionsangebote zu häuslicher Gewalt, sexualisierter Gewalt, Stärkung von Erziehungskompetenzen, Suizidprophylaxe könnten nur eingeschränkt als Projekte angeboten werden.
- Personalstellen könnten nicht in aktuellem Umfang erhalten bleiben. Schon jetzt bedeuten die nicht angepassten finanziellen Förderungen an die Inflation deutliche Gehaltskürzungen bei steigendem Fachkräftemangel.

Wir fordern Politik und Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover auf, sich für eine sichere Finanzierung und Dynamisierung der Zuwendungen einzusetzen!

Es werden bereits jetzt, aufgrund der bestehenden Unterfinanzierung, in vielen Beratungsstellen erstmalig Aufnahmestopps oder Wartelisten notwendig. Durch gesellschaftliche Veränderungen und Krisen (Covid-19-Pandemie, Ukraine-Krieg, Inflation) haben psychische Probleme, familiäre Konflikte und individuelle Belastungen stark zugenommen. Insbesondere seit der Pandemie ist ein sehr deutlicher Anstieg der Nachfragen in der psychosozialen Beratung zu verzeichnen.

Wir Beratungsstellen sind eine tragende Säule der psychosozialen Versorgung der Menschen in Hannover – und wollen es bleiben!